

Region

Sie fürchten den Tag, an dem der Kanton das Gas abstellt

Energiewende Teil 2 Die Familie Rüeegger an der St.-Alban-Vorstadt 15 fragt sich, wie sie in Zukunft heizen soll. Ein normaler Fernwärmeanschluss kommt hier nicht infrage.

Katrin Hauser

Mit seinen dunkelgrünen Fensterläden und der weiss gestrichenen Fassade reiht sich Haus Nummer 15 in die St.-Alban-Vorstadt ein. Auf den ersten Blick würde man nicht vermuten, welch verschachtelte Liegenschaft sich hier verbirgt. Das Gebäude ist im Laufe der Zeit von der Strassenseite zur Rheinseite hin gewachsen, was dazu führt, dass es heute beeindruckende 60 Meter lang und nur wenige Meter breit ist.

Die verschachtelte Form ist für Altstadt Häuser nicht ungewöhnlich. Im Gegensatz zu seinen Nachbarn erfreut sich Haus Nummer 15 seit kurzem jedoch einiger Bekanntheit. Es gilt als besonders komplizierter Fall, wenn es um die Basler Energiewende geht.

Und so kommt es, dass sich Mitte März mehrere Abgesandte bürgerlicher Parteien, der Medien und der Heizungsbranche zusammenfinden, um die Situation vor Ort zu begutachten. Mit von der Partie sind Mitte-Grossrätin Andrea Strahm, FDP-Grossrat Andreas Zappalà in seiner Funktion als Geschäftsführer des Basler Hauseigentümergebäudes, Heizungsunternehmer Martin Omlin und die Familie Rüeegger, der das Haus gehört.

Die Rüeeggern sind besorgt, wie es mit ihrem Daheim weitergehen soll, wenn ihnen irgendwann das Gas abgedreht wird. Der Kanton plant den Erdgas-Ausstieg bis spätestens 2037.

Die Rüeeggern heizen ihr Haus nicht mit einer, sondern gleich mit drei Gasheizungen, die an verschiedenen Orten untergebracht sind. Würden sie diese durch eine Wärmepumpe ersetzen, müssten sie das gesamte Heizsystem umkrempeln, die alten Leitungen herausreißen und neue einziehen. Das würde sie «rund 250'000 bis 300'000 Franken» kosten, prognostiziert Heizungsunternehmer Omlin – also etwa fünfmal mehr, als eine Wärmepumpe im Normalfall kostet.

Sie hatten gar keine andere Option

Einen Teil davon zahlt der Kanton. Er unterstütze «mit zusätzlichen Förderbeiträgen, wenn ein Verteilungssystem neu installiert werden muss und das alte nicht mehr verwendet werden kann», schreibt Mediensprecherin Sonja Körkel vom Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Wie viel Subventionen gesprochen würden, entscheide man im Rahmen des konkreten Bauprojekts. Die Rüeeggern würden dennoch einen erheblichen Teil selbst finanzieren müssen, sagt Martin Omlin.

Und das erscheint ihnen nicht ganz fair. Bis dato war das Heizen mit Gas nämlich schlicht ihre einzige Option. Von diesem Umstand zeugt auch ein offizielles Dokument.

Rolf Rüeegger legt ein Schreiben des Amtes für Umwelt und Energie (AUE), datiert auf den 8. Juni 2018, vor. Darin steht: «Der



Rolf Rüeegger (l.) und sein Sohn Thomas (r.) haben Andreas Zappalà und Andrea Strahm zu einer Besichtigung eingeladen. Foto: Nicole Pont

Ersatz der drei bestehenden, voneinander unabhängigen Gasheizungen durch solche basierend auf erneuerbarer Energie ist aus technischen und denkmalpflegerischen Gründen nicht möglich. Zudem würden die Kosten diejenigen für eine fossile Heizung wesentlich überschreiten.» Die Rüeeggern haben vor sechs Jahren eine Ausnahmegewilligung erhalten, ihre drei Gasheizungen zu ersetzen, worauf sie zwei davon erneuert haben. Sie sind nicht die Einzigen. Seit 2018 hat das AUE insgesamt 258 solcher unbefristeten Übergangslösungen erlaubt.

Auffällig ist eine Wende ums Jahr 2020 herum: Vorher wurden pro Jahr rund 80 Bewilligungen gesprochen, danach waren es deutlich weniger, im Jahr 2023 gar nur noch sieben.

Ein Grund dürfte sein, dass der Grosse Rat vor vier Jahren den grossen Basler Fernwärmeausbau beschlossen hat. Seitdem haben die Behörden offenbar mehr Handlungsspielraum, auch kreative Lösungen vorzuschlagen. Ein Fernwärmeanschluss der St.-

Alban-Vorstadt 15 dürfte einiges an Kreativität erfordern. Das Haus hat gegen die Strassenseite keinen Keller. Der grosse Keller weiter hinten dient als Zuhause der Lälli-Clique.

Vor ein paar Monaten seien Angestellte der Industriellen Werke Basel (IWB) zu Besuch gewesen, erzählt Hauseigentümer Rolf Rüeegger. «Sie haben uns gesagt, sie hätten auch gerade keine Lösung für unsere Situation.» Das habe sie schon etwas frustriert. «Ich finde es schwierig, dass wir nicht wissen, wann in unserer Strasse das Gas abgestellt wird», sagt Sohn Thomas Rüeegger. «Wir werden dann einfach vor vollendete Tatsachen gestellt.»

Ausstieg geht zurück auf Grünen-Vorstoss

Sie seien durchaus offen für Lösungen. «Es stellt sich aber die Frage, wer das finanziert. Es kann nicht sein, dass Fälle wie unserer nicht bedacht und die Kosten dann dem Eigentümer auferlegt werden.» Und auch die Beobachter sind unglücklich mit dem Status quo: «Früher haben

Energiewende in Basler Altdachhäusern

Der gesamte Kanton soll in den nächsten 13 Jahren CO₂-neutral werden: Es ist ein gigantisches Ziel, das sich Basel-Stadt gesetzt hat. Ob man es erreicht oder nicht, hängt stark davon ab, ob die Hausbesitzer und Hausbesitzerinnen mit an Bord sind. Die BaZ beleuchtet in drei Artikeln die Schwierigkeiten, mit denen Besitzer von Altdachhäusern bei der Energiewende konfrontiert sind – und Ideen, wie man ihnen begegnen könnte. (kha)

die IWB mit den Energieberatern aus dem eigenen Hause noch Lösungen aufgezeigt», sagt Omlin. – «Das ist nicht die Schuld der IWB», erwidert Mitte-Grossrätin Strahm: «Sie führen nur aus, was die Regierung beschlossen hat – beziehungsweise was wir im Parlament beschlossen haben.»

Der Ausstieg aus den fossilen Energien bis 2037 geht zurück auf einen Vorstoss des Grünen-Politikers Jürg Stöcklin, der von der Regierung und der Umweltkommission weiterentwickelt worden ist. Geschlossen dagegen gestimmt haben im Parlament LDP und SVP. Zappalà selbst war ebenfalls dagegen, seine Partei, die FDP, allerdings gespalten.

Hätte man damals Situationen wie die der Rüeeggern mehr vor Augen gehabt: Wäre der Entscheid anders ausgefallen? «Nein.» Zappalà schüttelt den Kopf. «Die Haltung im Grosse Rat lautet: Irgendwie geht es dann schon. Die Regierung solle eben schauen.» Dass es für das Klima am besten ist, wenn möglichst bald nicht mehr mit Gas geheizt wird,

ist auch bei bürgerlichen Politikern wie Strahm und Zappalà unbestritten. «Wir sind nicht per se gegen den Ausstieg aus den fossilen Energien», sagen sie. Es sei nur so, dass die Politik gern vergesse, was dies für die Leute vor Ort konkret bedeute. Und dass es etwas mit ihnen macht, wenn sie im Unklaren gelassen werden.

Heizen via Nachbarhaus?

Klar ist: Bis die Rüeeggern die Energiewende vollziehen müssen, dauert es noch etwas. In den nächsten Jahren stehe in der St.-Alban-Vorstadt keine Gasstilllegung an, teilt IWB-Sprecher Erik Rummer mit. Er bestätigt, dass die Situation in Haus Nummer 15 kompliziert ist. «Unsere Mitarbeitenden waren zweimal vor Ort. Die Besuche haben gezeigt, dass eine Standarderschliessung und ein Eins-zu-eins-Ersatz der vorhandenen Heizungen mit Fernwärmeanlagen nicht möglich sind.»

Es bleibe jedoch ausreichend Zeit, um «eine individuelle Lösung zu entwickeln». Man prüfe etwa eine Mehrfacherschliessung. Man könnte von einem Nachbarhaus aus Heizungsrohre in die Nummer 15 ziehen, so Rummer. Die Rüeeggern würden ihre Heizung dann sozusagen mit ihren Nachbarn teilen.

Die St.-Alban-Vorstadt 17 ist bereits ans Fernwärmenetz angeschlossen worden. Ein IWB-Vertreter habe ihm allerdings gesagt, dass ein Anschluss von dieser Seite her nicht möglich sei, so Rolf Rüeegger. Er bezweifelt, dass eine tragbare Lösung möglich ist, und hofft stattdessen, «dass die Politik einsieht, dass man das Gas nicht einfach abschalten kann».

So hält Primeo Energie die Preise trotz Krise stabil

Auf 25 Millionen verzichtet Die Kunden sollen nicht unter den hohen Strompreisen leiden, so die Firma.

Die Baselbieter Primeo-Energie-Gruppe hat im Geschäftsjahr 2023 den Umsatz dank den höheren Energiepreisen gesteigert – um fast 10 Prozent auf 2,5 Milliarden Franken. Das teilte der Energieversorger gestern mit. Der Anstieg sei unter anderem auf die Strompreisentwicklung sowie auf positive Markteffekte des Elektrizitätsgeschäfts in Frankreich zurückzuführen. Unter dem Strich verdreifachte sich der Reingewinn auf 85 Millionen Franken, was auch mit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung durch den Stromkonzern Alpiq begründet wird. Im Vorjahr war diese ausgefallen.

«Die Strompreise waren teilweise sechsfach so hoch wie vorher – es war ein einmaliges Jahr», sagt der Finanzleiter Dominik Zimmermann. Zwar verdankt die Genossenschaft ihren Gewinn den hohen Strompreisen, man konnte aber den Kunden und Kundinnen in der Grundversorgung entgegenkommen.

«Wir haben als Unterstützungsmassnahme auf 25 Millionen Entlastungszuschuss verzichtet», sagt Zimmermann. Und: Man habe dafür von Gewinn und der Rückforderung von Deckungsdifferenzen im Netz abgesehen. Kostendeckend sei man mit den abgerechneten Liefertarifen nicht gewesen, räumt Zimmermann ein. Aber: «Wir müssen Energiearmut verhindern.»

Sieben Fotovoltaikanlagen pro Tag

Dass Kunden und Kundinnen wegen der hohen Strompreise in Zahlungsschwierigkeiten kämen, das habe man auch bei Primeo Energie verzeichnet. «Es kommt immer mehr zu Ratenzahlungen», sagt der neue CEO Cédric Christmann. Aber: Strom abstellen würde man nur in den wenigsten Fällen. «Das sind Menschen und keine Stromzähler», sagt Christmann. Im letzten Jahr sei das bei rund 200 Kunden und Kundinnen der Fall gewesen. «Bei über 180'000 Kunden ist das erfreulich wenig.» Aber nicht nur der volatile Strommarkt sei 2023 eine Herausforderung fürs Unternehmen gewesen. Die vom Bund festgelegte Energiewende setzt neue Strategien voraus. Mit einer starken Zunahme von ans Netz angeschlossenen Fotovoltaikanlagen (PV-Anlagen) sieht man sich «auf Kurs.» Das Versorgungsunternehmen wolle «einen wichtigen Beitrag zu Versorgungssicherheit, Klimaschutz und zur Energiestrategie 2050» leisten. «Bereits letztes Jahr wurden pro Tag sieben PV-Anlagen ans Netz genommen», so Christmann.

Zu erklären sei diese Zunahme durch mehrere Faktoren: Einerseits sei es mittlerweile weniger kompliziert, eine Anlage zu installieren. Zudem finde immer mehr ein Umdenken statt, sagt Christmann: «Die Menschen wollen vermehrt unabhängig vom Strommarkt sein.»

Erst am Samstag war es im Primeo-Netz zu einem Stromausfall in Teilen vom Baselbiet gekommen. Der Schaden sei entstanden, weil eine neue Lieferung von Stromverteilern nicht richtig eingestellt gewesen sei.

Tanja Opiasa/SDA

Hier ist Fernwärme verfügbar



Grafik: vif / Quelle: IWB